



Allianzen statt Konfrontation: Politische Parteien im Sudan

von Anja Dargatz, FES Sudan

- Der Sudan hat eine heterogene aber weitestgehend stabile Parteienlandschaft.
- Die Vertretung regionaler Interessen ist bei vielen Parteien die treibende Kraft.
- Im Vorfeld der im Friedensvertrag für 2009 vorgesehenen Wahlen entwickeln die Parteien eine besondere Dynamik: Die entscheidenden politischen Schwergewichte sind die beiden Regierungspartner.
- Im Vorfeld der Wahlen überwiegen Absprachen und Allianzen, gegenüber konfrontativer Wahlkampfstimmung.

Das Parteienspektrum des Sudan lässt sich als heterogen aber weitestgehend stabil beschreiben. Kontinuierliche Abspaltungen und Neugründungen sind die Ausnahme. Die Parteien sind selten auf eine Person zentriert und werden zumeist von starken Führungskliquen getragen. Allianzen über Parteigrenzen hinweg sind die Regel. Konkurrenz und Konfrontation sind die Ausnahme und beschränken sich auf gelegentliche verbale Attacken. Gewaltsame Auseinandersetzungen gibt es (bislang) nicht. Das Friedensabkommen legt die Verteilung der Regierungsposten und der Parlamentssitze per Quote fest. Die Kandidaten werden von den jeweiligen Parteien ernannt. Danach gehen 52% der 450 Parlamentssitze an die National Congress Party (NCP), 28% an die Sudan People's Liberation Movement (SPLM), 14% sonstige politische Parteien des Nordens und 6% des Südens.

Sudanesische Parteienlandschaft im Norden

Die Parteienlandschaft des gesamten Landes wird zahlenmäßig von nordsudanesischen Parteien dominiert, die die nordsudanesische Elite repräsentieren. Die einflussreichsten Parteien sind aus verschiedenen islamischen Bewegungen hervorgegangen und verstehen sich als „islamische Parteien“. Als parteipolitischer Arm der islamischen Al Ansar-Bruderschaft in den 40er Jahren des letzten Jahrhundert gegründet, ist die **National Umma Party** eine der ältesten und etabliertesten Parteien. Sie wird von der Familie al Mahdi geführt, den Nachkommen des Muhamad Ahmed al Mahdi, der durch seinen Kampf gegen Ägypter und Briten Ende des 19. Jahrhunderts zur nationalen Symbolfigur geworden ist. Darfur war früher Stammland der Umma. Der traditionell bestehende Vertretungsanspruch der Umma für diese Region wird jedoch von den Bewohnern Darfurs zunehmend in Frage gestellt, die

eine Nähe der Umma zur Regierung kritisieren. Diese Nähe wird zum einen an der Abwesenheit von offener Kritik an der Regierung festgemacht und ihrer Verantwortung an den Geschehnissen in Darfur. Zum anderen unterzeichnete der Vorsitzende in diesem Jahr eine Übereinkunft mit der regierenden **National Congress Party (NCP)** – ein Schritt, der auch innerhalb der Partei umstritten war. Abkommen dieser Art stehen im Einklang mit der Idee der Umma, alle politischen Kräfte in Form einer nationalen Konferenz an einen Tisch zu bringen, um die Probleme des Sudan gemeinsam zu verhandeln.

Die zweite traditionelle nordsudanesischen Partei ist die **Democratic Unionist Party (DUP)**, die das Land nach der Unabhängigkeit 1956 geführt hat und sich in den Perioden der Demokratie die Macht mit der National Umma Party geteilt hat. Sie ist wie die Umma ebenfalls eine islamische Partei, die in der Khatmiya-Brüderschaft verwurzelt ist. Beiden Parteien ist gemein, dass sie im Gegensatz zu den anderen in der Vergangenheit auch außerhalb der urbanen Zentren eine verlässliche Gefolgschaft hatte. Dieses politische aber vor allem auch wirtschaftliche „Hinterland“ ging durch Macht- und Regierungswechsel verloren. Interne Rivalitäten haben weiterhin dazu beigetragen, dass die DUP an Einfluss verlor. Die in den 50er Jahren gegründete **Sudanese Communist Party** war zu Beginn stark an die Gewerkschaftsbewegung gebunden und damit besonders in den industriellen Zentren des Landes einflussreich. Sie war ebenfalls in Regierungsverantwortung, wurde dann aber von den neuen islamistischen Bewegungen verdrängt. Durch die Annäherung zwischen Gewerkschaften und der islamistischen Regierung in den 90er Jahren brach zudem ein wichtiger strategischer Partner weg, was die Partei weiter schwächte.

Zu den neuen Parteien gehören die regierende **National Congress Party (NCP)** und die **Popular Congress Party (PCP)**, die sich 1999 von der NCP abgespalten hat. Beide entstammen der islamistischen Heilsbewegung, die Ende der 70er Jahre im Sudan an Einfluss gewann. Die Bewegung entwickelte Parteistrukturen und sieht sich als Vertreterin eines neuen „progressiven“

Islam. Der traditionelle Islam, wie ihn Umma und DUP vertreten, sucht seine Deutungen im mystischen Sufismus und definiert den Islam als Staatsreligion, die aber nicht alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens umfasst, im Gegensatz zur „progressiven“ Strömung. Der Unterschied lässt sich am Umgang mit der Scharia, dem islamischen Recht, festmachen, deren Umsetzung in erster Linie von der NCP und PCP vorangetrieben wird. Inwiefern die NCP de facto eine islamistische Partei ist, kann diskutiert werden. Fest steht, dass ihr derzeitiger Führer Omar al Bashir sich 1989 zunächst als Militär an die Macht geputzt hat und das Bündnis mit der NCP erst später zur Konsolidierung eingegangen ist. Während in den 90er Jahren die Islamisierung der Gesellschaft politisch forciert wurde, liegt heute die Priorität seines politischen Handelns auf innerer Sicherheit und territorialer Integrität.

Als verantwortliche politische Kraft im Norden unterschrieb die NCP 2005 den Friedensvertrag, der den Bürgerkrieg zwischen Norden und Süden beendete. Im Friedensvertrag wird der NCP gemeinsam mit dem **Sudan People's Liberation Movement (SPLM)** Regierungsverantwortung in der Übergangsphase bis zu den Wahlen übertragen. Die Aussicht auf eine Anklage des Präsidenten Al Bashir durch den Internationalen Strafgerichtshof stellt die NCP vor eine innere Zerreißprobe, die noch nicht ausgestanden ist: Steht die Partei und die Führungsriege geschlossen hinter dem Präsidenten? Agiert sie im Vorfeld oder wartet sie, ob die Anklage schlussendlich erhoben wird? Gibt es eine Alternative zu Omar Al Bashir?

Neben der Gruppe der nordsudanesischen traditionellen Parteien gibt es eine Reihe von teils neueren regional definierten Gruppierungen, wie die **Eastern Front Party**. Andere Parteien wie die **United Sudan National Party (USNP)**, die ihre Wurzeln in einer Regionalpartei haben, erheben den Anspruch auf überregionale, gesamt-sudanesischen Repräsentanz. In den 50er Jahren gab es eine Allianz von politischen Gruppen aus Darfur, den Nuba-Bergen und dem Ost-sudan, um sich gegen die Dominanz der Zentralregierung in Khartum politisch zur Wehr zu setzen. Diese Allianz hielt nicht

lange, zeigt aber, dass seit langem schon die Regionen versuchen, ihre Interessen in Khartum zu vertreten. Sowohl die Eastern Front Party, die noch darum kämpft, die verschiedenen ostsudanesischen Gruppen wie der traditionelle Beja-Congress und die ehemaligen bewaffneten Gruppen in einer Partei zu vereinigen, als auch die United Sudan National Party haben ihre Wurzeln in dieser Bewegung in den 50er Jahren. Ferner gibt es derzeit in Khartum vier so genannte Darfur-Foren, die trotz fehlender formaler Registrierung als Partei ähnliche politische Ziele verfolgen. Sollte es zu einem akzeptierten Friedensschluss in Darfur kommen, wird langfristig auch mit politischen Ablegern mindestens der größten Darfur-Rebellengruppen Sudan Liberation Army (SLA) oder auch Justice and Equality Movement (JEM) zu rechnen sein. Sollten die aktuellen Einigungsbemühungen der zersplitterten Bewegungen erfolgreich sein und sich diese beiden Gruppen auf einen gemeinsamen politischen Weg verständigen können, würde das der Parteienlandschaft im Sudan eine neue Dynamik verleihen. Allerdings macht es politische Unerfahrenheit und Schwäche dieser Parteien und Gruppen dem politischen Gegner leicht, die eine gegen die andere Gruppe auszuspielen und Spaltungen voranzutreiben.

Bei allen regional begründeten Gruppen im Sudan spielt Religion im politischen (und militärischen) Handeln keine Rolle, regionale Interessensvertretung steht im Vordergrund.

Politische Parteien im Süden

Auch der Regierungspartner **Sudan People's Liberation Movement (SPLM)** ist in erster Linie eine regionale Interessenspartei. Viele Reformer in Khartum hatten mit dem Einzug der SPLM in die Übergangsregierung Hoffnungen auf Veränderung und Reformen verbunden. Sie wurden enttäuscht: Die SPLM setzte in erster Linie auf eine Strategie des Aushandelns zur Durchsetzung der Interessen des Südens beim Aufteilen des Territoriums und der Ressourcen. Gesetzesreformen, welche die Durchsetzung der Menschenrechte oder eine Dynamisierung der Wirtschaft im gesamten Sudan verbessern würden, wurden nicht vorange-

trieben. Die Tatsache, dass die im Friedensabkommen verhandelten Quoten und Sitze die NCP begünstigen, kann dabei nur bedingt als Entschuldigung gelten. Die SPLM war die erste Partei, die sich im Rahmen ihres Parteitages ein Statut gegeben hat, das durchaus als Wahlprogramm gelesen werden kann. Ferner wurden die Parteiämter von der Basis bis zum Präsidium gewählt, Änderungsvorschläge für das Statut wurden diskutiert und angenommen, einflussreiche Abweichler und potenzielle Störer, wurden per Postenvergabe integriert. Mit diesem Parteitag hat die SPLM als Partei mit einer demokratischen inneren Verfasstheit einen Meilenstein gesetzt und könnte damit durchaus als Vorbild für andere Jungparteien dienen.

Während im Süden die SPLM die „neue“ Kraft ist, gibt es auch hier traditionelle Parteien wie **Union of Sudan African Parties (USAP)** und **Sudan African National Union (SANU)**, die sich bereits vor Jahrzehnten zusammengeschlossen haben, um politisch gegen die Marginalisierung des Südens vorzugehen. Durch den Bürgerkrieg und der Dominanz der SPLA/M haben diese Parteien ihren Einfluss eingebüßt. Dennoch übernehmen sie derzeit einige Posten in Regierung und Parlament, per Ernennung und Quote.

Ausblick auf die Wahlen 2009

Die Chancen politischer Parteien bei den Wahlen hängen nicht zuletzt von ihren Ressourcen ab. Dies gilt insbesondere für diejenigen Parteien, die derzeit nicht in der Regierung sind und daher über keine Möglichkeiten der Parteienfinanzierung verfügen. Die systematische Schwächung von Oppositionsparteien begann bereits in den 80er Jahren. Angesichts der Wahlen 2009 zeigt sich der Effekt nun besonders dramatisch: Es fehlen nicht nur Ressourcen, um Anhänger zu mobilisieren, Mitglieder sind dadurch auch käuflich geworden.

Entscheidend für die Wahlen wird das Verhalten der SPLM sein. Während die Beilegung der Krise in der Region Abyei eher darauf hindeutete, dass auch die SPLM auf Absprachen mit der mächtigsten politischen Kraft NCP setzt, scheint das nun nach dem Bericht des Chefanklägers des Internationa-

len Strafgerichtshofs nicht mehr selbstverständlich. Die Ankündigung hat die NCP angreifbar gemacht und damit als Allianzpartner geschwächt. Damit ist die Möglichkeit einer „Union of the Marginalized“, einer Allianz der Regionalparteien gegen die Zentralregierung, nun ein reales Szenario. Die NCP reagiert darauf, in dem sie weiter auf Abstimmung mit den traditionellen nordsudanesischen Parteien setzt. In beiden Fällen zeigen die Verbindungen wenig programmatischen Inhalt und scheinen eher taktischer Natur zu sein. Zukünftig wird die Reformkraft sowohl in neuen regional orientierten Gruppen, als auch in bestimmten inner-parteilichen Gruppierungen der etablierten Parteien liegen. Während erstere an ihrer Unerfahrenheit und mangelnder Einigkeit leiden, fehlt es letzteren an innerparteilicher Durchsetzungskraft, so dass sich z.B. politischer Nachwuchs nicht gegen die Führungsriege durchsetzen kann.

Die Entwicklungen werden zusätzlich durch die Verzögerung bei den konstitutionellen Vorbedingungen für Wahlen gehemmt: Das Wahlgesetz wurde mit über zwei Jahren Verspätung verabschiedet, die Wahlkommission, die für die Durchführung der Wahlen verantwortlich ist, ist noch nicht benannt. Derzeit läuft der Ernennungsprozess nicht transparent, sondern wird zwischen den Regierungsparteien ausgehandelt. Es bleibt zu hoffen, dass eine repräsentative Auswahl getroffen wird, damit die Kommission von allen politischen Akteuren akzeptiert wird.

Ein wichtiger Risikofaktor in Bezug auf die Wahlen ist derzeit noch ein Tabu-Thema: Es ist davon auszugehen, dass jede Partei eine bewaffnete Miliz zur Hand hat und im Zweifelsfall bereit ist, diese auch einzusetzen. Dies gilt nicht nur für Parteien, die aus einer bewaffneten Gruppe hervorgegangen sind, oder qua Regierungsmacht Zugriff zu diversen militärischen Gruppen haben. Die derzeit weitestgehend gewaltfreie Stimmung in Khartum verführt dazu, dieses versteckte Gewaltpotenzial zu unterschätzen.

Die Rolle der Internationalen Gemeinschaft

Im politischen Parteienspektrum gibt es verschiedene Ansatzpunkte der Unterstützung – um mögliche Reformkräfte zu fördern und um die neuen Gruppen auf ihrem Weg der politischen Konfliktlösung zu unterstützen und somit zu verhindern, dass sie wieder zu den Waffen greifen.

Ferner werden dies die ersten freien Wahlen seit 1986 – für viele SudaneseInnen, die ersten freien Wahlen überhaupt – sein. Das heißt Aufklärung für WählerInnen, Unterstützung der konstitutionellen Elemente wie der Wahlkommission und WahlbeobachterInnen, Training für politische Parteien und ihre KandidatInnen, logistische Unterstützung – all das sind langfristige Investitionen, nicht nur für 2009.

16. September 2008

Ansprechpartnerin:

Ingrid Roß
Referat Naher/Mittlerer Osten und Nordafrika
Hiroshimastraße 17, 10785 Berlin

ingrid.ross@fes.de
Tel: 030 / 26935-922
Fax: 030 / 26935-757